



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 22. Mai 2023
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 24. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 17. Mai 2023, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

1. **Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger:innen einrichten**

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD

[Drucksache 20/699](#) (neu)

Der Ausschuss berät den Antrag mit der Geschäftsführerin der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte, Frau Bäurle, sowie dem Landeslobbybeauftragten von Amnesty International, Herrn Raschke.

2. **Stellungnahme im Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Abstraktes Normenkontrollverfahren; Az. LVerfG 4/23**

Schreiben des Präsidenten des Landesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2023

[Umdruck 20/1394](#)

Der Ausschuss berät über die Vorlage. Nach Ablehnung des Antrags des Abgeordneten Dürbrook, die Beratung zu vertagen, beschließt er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, dem Landtag zu empfehlen, in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben und dem Verfahren beizutreten sowie in der Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen, dass der Antrag zurückzuweisen ist. Einstimmig bei Enthaltung der regierungstragenden Fraktionen beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, in der Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen, dass sie der Auffassung der Mehrheitsfraktionen des Landtags entspreche. Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der FDP beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, die Präsidentin des Landtags zu ermächtigen, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu beauftragen.

Ferner beschließt der Ausschuss einstimmig, die Präsidentin des Landtages zu bitten, dem Ausschuss den Entwurf der Stellungnahme des Landtags zuzuleiten, um diesem vor Abgabe der Stellungnahme die Möglichkeit der Beratung zu geben.

3. a) **Entwurf eines Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz und Erhalt von Wohnraum**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/26](#)

b) Entwurf eines Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetzes (SHWoSchG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/899](#)

Der Ausschuss beschließt, den Wissenschaftlichen Dienst um die Erstellung einer Synopse beider Gesetzentwürfe zu bitten. Ferner beschließt er die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu dem neu überwiesenen Gesetzentwurf, Drucksache 20/899 (Benennung von Anzuhörenden bis 2. Juni 2023).

4. Gesellschaft vor Verfassungsfeinden schützen

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/696](#)

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in einer der nächsten Sitzungen mit einer Vertretung der Landesregierung zu beraten.

5. Die Metropolregion innovativ und nachhaltig für eine gute Zukunft ausrichten

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/900](#)

Einstimmig schließt der Ausschuss sich dem Beratungsverfahren des federführenden Zusammenarbeitsausschusses an.

6. Tätigkeitsbericht 2023

Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz
[Drucksache 20/620](#)

Der Ausschuss beschließt, den Bericht in einer der nächsten Sitzungen mit der Landesbeauftragten für Datenschutz zu beraten.

7. Zahlungspflicht bei Polizeieinsätzen

Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/959](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu Rechtsgrundlagen und Vollstreckungspraxis in Schleswig-Holstein im Rahmen von Demonstrationen zu berichten.

8. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Bericht der Justizministerin zur neuen Juristenausbildungsverordnung (JAVO, Unterrichtung 20/73) die Fachschaft Jura der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel einzuladen.

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka